

PRESSEMITTEILUNG

Öffentlicher Dienst – Lebensgefahr am Schreibtisch

dbb jugend nrw macht Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zum Thema

Wer den Begriff Arbeitssicherheit hört, der denkt an ergonomische Bürostühle oder das Gefährdungspotential von Hubwagen. An Morddrohungen, Nötigungen wie ‚Ich weiß wo dein Kind ist‘ oder gewalttätige Übergriffe an einem ganz normalen Büroarbeitsplatz im Öffentlichen Dienst aber denkt keiner. Bei der zweiten Sicherheitskonferenz der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw) berichteten zahlreiche junge Beschäftigte über belastende und folgenschwere Angriffe, die sie als Zugbegleiter, in Jobcentern, Ausländerbehörden oder Ordnungsämtern erleben müssen.

Täglich sind es Beschimpfungen, die die Mitarbeiter in publikumsintensiven Bereichen täglich erdulden müssen. Regelmäßig erleben jedoch Beschäftigte öffentlicher Behörden in größeren Städten auch Übergriffe, die Experten wie Aachener Kriminalhauptkommissar und Mitautor des Aachener Modells“, Ulrich Trommler sowie die leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit der Stadt Aachen, Katrin Päßler zu den äußersten Gefährdungsstufen zählen. „Dazu gehört in der dritten Stufe körperliche Gewalt, Handgreiflichkeiten oder auch Sachbeschädigung und im schlimmsten Fall der Einsatz von Waffen, Geiselnahme oder Amok“, erklärt Trommler.

Dass beinahe jeder der Teilnehmer der zweiten Sicherheitskonferenz Anfang April in Düsseldorf aus eigener Erfahrung von Übergriffen dieser Gefährdungsstufen berichten konnte, erstaunte selbst die Experten. So wissen die Konferenzteilnehmer davon zu berichten, dass es immer noch vielerorts Büroräume gibt, die zur Falle werden, weil es nur eine Tür und keinen weiteren Fluchtweg für den Ernstfall gibt. Rastet ihr Gesprächspartner aus und greift sie an, haben sie keine Möglichkeit zu entkommen. Eine Betroffene berichtet: „Bei uns könnte man einfach Fluchtwege für Mitarbeiter realisieren, aber es müsste dafür Geld in die Hand genommen werden. Darum passiert nichts. So bleibt uns in Ernstfällen nichts anderes, als den Sicherheitsdienst anzurufen. Das aber in Panik noch zu schaffen, ist so eine Sache.“

Noch ein weiteres Problem macht den Mitarbeitern in den Öffentlichen Behörden zu schaffen: Selbst dort, wo Notfallpläne existieren, funktionieren die aufgrund eines mangelhaften Informationsmanagements nicht richtig. Ein Pfleger aus einem



dbb
jugend nrw

Pressekontakt

Markus Klügel
Geschäftsstellenleiter
dbb jugend nrw
Friedrich-Ebert-Str. 1
40210 Düsseldorf

☎ 0176. 50 13 60 97

☎ 0211. 35 59 28-16

☎ 0211. 35 59 28-10

✉ presse@dbbjnrw.de

🌐 www.dbbjnrw.de

Klinikum in NRW berichtet: „Einmal gab es eine Bombendrohung, über die wir von Patienten erfuhren, die gerade Fernsehen schauten und uns auf die Gefahrenlage ansprachen. Erst kurz darauf gingen auf den Stationen Anrufe der Klinikleitung ein, um die Mitarbeiter zu bitten auf den Fluren und Gängen nach Koffern und auffälligen Tüten Ausschau zu halten. Verkehrte Welt.“

Eine Mitarbeiterin eines Finanzamts sagt: „Wenn ich den Notfallbutton drücke, wird die Geschäftsstelle informiert. Von dort aus wird man dann zurückgerufen. Nur wenn ich nicht ans Telefon gehe, würde Hilfe kommen. Die käme dann erst viele Minuten später, zu spät für mich.“ Das zeigt nach Auffassung von Experten Trommler den Bedarf bei der Einrichtung eines funktionierenden Informations- und Kommunikationsmanagements.

Noch immer gibt es zudem nicht in allen gefährdeten Bereichen Notrufsysteme. Eine Mitarbeiterin eines Ausländeramtes berichtet davon, dass erst jüngst das drei Jahre lang ausgefallene Alarmsystem erneuert wurde. Ein anderer erklärt, dass es nach der Einführung eines Notrufsystems gar keine Einführung in die Bedienung gab. Experten wie Ulrich Trommler empfehlen Systeme, die mit einem Schlag auf die Tastatur oder über einen Notbutton unter dem Tisch bedienbar sind.

Seit längerer Zeit fordert die dbb jugend nrw Alarmsysteme, die einheitlich und übergreifend in allen sensiblen Kommunal-, Landes und Bundesbehörden installiert werden sollen. „Doch niemand fühlt sich dafür zuständig, das übergreifend in die Hand zu nehmen“, kritisiert der Vorsitzende der dbb jugend nrw, Jano Hillnhütter. „Die einzelnen politisch Verantwortlichen haben die Sorge, im Falle einer Initiative auch die Kosten tragen zu müssen. Darum herrscht trotz wachsender Gefahrenlage Stillstand in den öffentlichen Behörden und Betrieben.“

„Ähnlich verhält sich das mit Deeskalationstrainings. Sie werden mit dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet“, so Hillnhütter weiter. Manchmal spielen die Fähigkeiten der Deeskalation in der Ausbildung eine Rolle, mal werden Trainings im Abstand von drei Jahren angeboten, in manchen Bereichen gar nicht. Nur eine Teilnehmerin berichtet davon, dass nach Einführung einer neuen Gefährdungsbeurteilung alle Mitarbeiter halbjährlich Deeskalationstrainings durch die Polizei bekommen.

„Jeder der einen Sport ausübt weiß, dass man mehrmals in der Woche trainieren muss, um gut im Training zu bleiben. Das ist bei Kommunikations- und Deeskalationstrainings nicht anders. Doch oft finden sie nur alle drei Jahre einmal statt“, moniert Kriminalhauptkommissar Ulrich Trommler.

Was die dbb jugend nrw zudem kritisiert: „Nicht in allen kritischen Behörden gibt es Sicherheitsdienste. Einige haben nach Auskunft unserer Mitglieder aus Kostengründen den Pförtner kurzerhand zum Securitymitarbeiter erklärt“, sagt Hillnhütter. Ein Mitarbeiter einer Bundesagentur für Arbeit berichtet von fehlenden Sicherheitsstandards, andere Behördenmitarbeiter von Securitymitarbeitern, die das Klischee eines Türstehers erfüllen. Auch seien in einigen Ämtern Menschen verantwortlich für den Sicherheitsbereich, die selbst körperlich eingeschränkt seien. „Manchmal scheint es besser sich minutenlang

beleidigen zu lassen, als auf solche Sicherheitsangestellte zurückzugreifen“, sagt eine Konferenzteilnehmerin. „Eine stadteigene Tochtergesellschaft beschäftigt Leute, die ausgewiesen wurden, um nun das Flüchtlingsheim zu bewachen“, erklärt eine Mitarbeiterin eines Ausländeramtes.

Ein Klinikmitarbeiter erzählt: „Mich hat ein verwirrter Mann auf der Station mit seinem Buttermesser bedroht. Ich hatte ausreichenden Sicherheitsabstand. Dennoch rief ein Kollege den Sicherheitsdienst. Was mich an der Situation noch mehr erschrocken hat als der Messervorfall: Es hat über zehn Minuten gedauert, bis sie da waren. Die Begründung: Einer seiner Kollegen wäre gerade weg, darum könne er nicht sofort seinen Platz verlassen und kommen.“

Viele Beschäftigte fühlen sich zudem allein gelassen von Vorgesetzten und Arbeitgebern. „Unfallanzeigen nach Beleidigungen werden nicht ernst genommen. Man soll einfach darüber stehen“, so schildert ein Jobcentermitarbeiter die Reaktion seines Vorgesetzten nach einem Übergriff. Aus Sicht der Gewerkschafter mangelt es an Vorsorge und gefahrenbewusste Absprachen. In den meisten Behörden gibt es nicht einmal eine realistische Gefahrenbeurteilung, so wie sie für alle Arbeitsbereiche im Sinne des Arbeitsschutzes auch bezüglich psychischer Belastungen und möglicher Gefahrenpotenziale durch Übergriffe existieren müsste. Das nun umzusetzen und in den einzelnen Behörden anzusprechen, hat die dbb jugend nrw durch die Schulung ihrer Mitglieder in Düsseldorf forciert.